

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 73 (1995)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Die Grundwertedebatte oder über Gott, die Welt und einige andere wichtige Gegenstände  
**Autor:** Britannicus, Julius  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341180>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Grundwertedebatte oder über Gott, die Welt und einige andere wichtige Gegenstände

Der Artikel «Warum eine Grundwertedebatte?» ist charakteristisch für die Verwirrung, welche der Untergang der vormaligen Sowjetunion in zahlreichen Köpfen der

---

## Julius Britannicus

---

Sozialdemokratie bewirkt hat. So klar der Verfasser Willy Spieler einzelne Punkte erfasst, so fällt er bei anderen der Täuschung anheim. Er schreibt: «Am Ende ist aber nicht der Sozialismus, sondern die Ideologie, die ihn für «real existierend» hielt.»<sup>1</sup> Das ist eine präzise Formulierung, der sich der Kritiker voll und ganz anschliessen kann. (Punkt 1)

Doch nicht anschliessen kann er sich, wenn Verf. Spieler nun an Stelle «des «wissenschaftlich» verstandenen Marxismus» seine Hoffnungen auf einen «ethischen Sozialismus» setzt, und diesen gar mit Hinweis auf Karl Marx zu legitimieren sucht. Marx hat es zeitlebens strikt abgelehnt, den Sozialismus mit ethischen Prinzipien zu unterbauen. Nichts gegen die Meinung, dass uns ein «ethischer Sozialismus» Not täte, aber bitte nicht gestützt auf Marx, der gerade diese Gesinnung rundweg verachtet hat und das mit einer eindeutig revolutionären Perspektive! Denn der Absatz, aus dem das Marx-Zitat des Verf. stammt, beginnt mit den berühmten Worten: «Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.»<sup>2</sup> (Punkt 2)

«Marxismus als Methode.» Hier macht der Verf. von einem alten Topos Gebrauch, der sich m. W. zum ersten Mal bei Georg Lukács in seinem Aufsatz «Was ist orthodoxer Marxismus» findet. Lukács schreibt dort: «Or-

thodoxer Marxismus bedeutet also nicht ein kritikloses Anerkennen der Resultate von Marx' Forschung,... nicht die Auslegung eines heiligen Buches. Orthodoxie in Fragen des Marxismus bezieht sich vielmehr ausschliesslich auf die *Methode*.»<sup>3</sup> Diese Position war im März 1919, als dieser Aufsatz entstand, zweifellos adäquat. Aber heute? Der Marxismus ist entstanden und geschaffen worden als die Theorie der kämpfenden Arbeiterklasse, die für Marx identisch war mit den Ausgebeuteten und Entrechteten, mit den Erniedrigten und Beleidigten, mit einem Wort: mit dem Proletariat. Das Proletariat ist noch heute da, nicht nur in der «dritten Welt», nein sichtbarlich als «vierte Welt» neben der «ersten», in den hinteren Räumen der Restaurants, als Hilfsarbeiter, als Schwarz-Arbeiter, als Fremdarbeiter aus verelendeten Ländern, als alte Menschen, die aus irgendeinem Grund von der AHV/IV ungenügend gesichert sind, endlich auch als alleinerziehende Mütter. Doch der gelernte Berufsarbeiter in der Grossindustrie, der den materiellen Reichtum der Welt schafft, gehört nicht dazu. Zwar wird dieser auch ausgebeutet, doch kann er, *solange er nicht arbeitslos wird*, von seinem Lohn in einem kleinbürgerlichen Rahmen existieren und jüngere Arbeiter haben noch zuweilen Chancen bei gegebener Eignung und Glück, in der Betriebshierarchie aufzusteigen. Von dieser Zweiteilung der Arbeiterklasse ist bei soziologischen Überlegungen heute auszugehen. Der alte Begriff der Arbeiteraristokratie, dem ein moralischer Tadel anhaftete, ist heute sinnlos geworden, die Zweiteilung ist eine Realität, der man nicht durch Schelten oder gutes Zureden beikommen kann. Anton Pannekoek, ein holländischer Marxist, hat als erster auf diese beginnende Zweiteilung hingewie-

<sup>3</sup> Georg Lukács. Werke. Band 2. Neuwied und Berlin 1968. Seite 171. (Der zitierte Aufsatz ist ein Teil von «Geschichte und Klassenbewußtsein». Berlin 1923).

<sup>1</sup> Willy Spieler in dieser RR. S. 2.

<sup>2</sup> Marx Engels Werke. 1. 385.

**Die reaktionär-  
sten, wenn nicht  
gar präfaschisti-  
schen Parteien  
in der Schweiz  
und in Österreich  
nennen sich  
«Freiheitspartei».**

sen.<sup>†</sup> Diese historische Veränderung der Arbeiterklasse, die nun nicht mehr als Ganzes mit dem Proletariat identifiziert werden kann, hat aber auch seine Rückwirkung auf die Verwendbarkeit des Marxismus als Methode. Methode und Gegenstand sind, wie Werkzeug und Gegenstand, aufeinander bezogen, ändert sich der Gegenstand wesentlich, so muss auch das Werkzeug andere Qualitäten erhalten. Obzwar der historische Materialismus nach wie vor eine grundlegende Methode abgibt, ist in jedem Fall die Effizienz marxistischer Kategorien zu prüfen.

Marxismus als Fundamentalismus. Hier ist dem Verf. durchaus recht zu geben. Marxismus als «Weltanschauung» war ein Postulat des Bolschewismus und hat die gleichen katastrophalen Ergebnisse erzielt, wie der Fundamentalismus der monotheistischen Religionen. Die Partei muss «laizistisch» sein, wobei «Laizismus» sich nicht bloss auf ein religiöses oder irreligiöses Bekenntnis, sondern auch auf philosophische, literarische und künstlerische Überzeugungen und Haltungen beziehen muss. (Punkt 3)

«Grundwerte jenseits von «Links» und «Rechts.» Was soll das heissen? Wenn das Grundsatzprogramm der SPD «Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität» fordert, und wenn das Grundsatzprogramm der CDU «Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit» lautet, so sind nur zwei Möglichkeiten gegeben.

1) Die Gruppen SPD und CDU führen einen Scheinkrieg miteinander; in Wahrheit sind sie gleich und wollen das Volk gemeinsam verdummen. Das wäre eine anarchistische Auslegung. Geben wir zu, sie ist zu vereinfachend aber doch nicht völlig falsch, denn wie steht es mit der Erhöhung der Diäten der Abgeordneten im Bundestag?!

<sup>†</sup> Anton Pannekoek. Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1909, S. 126 f. In dieser Schrift berührt Pannekoek auch die gesellschaftliche Position der Bürokratie: «Die Bürokratie wird eine eigne Klasse mit eignen Interessen...» (a.a.O. S. 86.)

2) Die Worte «Freiheit», «Gerechtigkeit» und «Solidarität» sind so vieldeutig, dass eine politische Partei sie als Losung führen kann und ihre geschworene Gegnerin auch. Ist nun Freiheit die Möglichkeit, ohne Ausbeutung durch das private (oder staatliche) Kapital leben zu können, oder ist Freiheit die Möglichkeit, unter dem Titel der Deregulierung die Ausbeutung noch zu erhöhen? Die reaktionärsten, wenn nicht gar präfaschistischen Parteien in der Schweiz und in Österreich nennen sich «Freiheitspartei», und doch ist uns allen, die wir uns Sozialisten nennen, der Begriff des freiheitlichen Sozialismus teuer, der ebenso unvereinbar mit der Macht des privaten Kapitals ist, wie mit dem Terror einer Staatsbürokratie, Polizei und eines ideologischen (oder kirchlichen) Herrschaftsapparats.

Wir folgen dem grossen Bruder, der SPD, in der Reihenfolge der verschwommenen Begriffe. Also die Gerechtigkeit. Aber was ist gerecht? Die Forderung nach Gerechtigkeit spricht jedem aus dem Herzen, jeder wünscht sich Gerechtigkeit, vorab eine, die mit seinen Interessen koinzidiert. Was tut der andere? Auch er sucht Gerechtigkeit, doch er hat eine andere Interessenlage, also wird Gerechtigkeit für ihn eine andere sein. Die Gerechtigkeit ist nicht fassbar, fassbar ist immer nur das bestehende Recht. Dieses beruht auf dem Privateigentum nicht nur an den Mitteln der Konsumtion, das ist trivial, sondern an den Produktionsmitteln, an Boden, Häusern, Werkstätten, Fabriken, Banken usw. Wir nennen uns Sozialdemokraten und wenn diese Bezeichnung einen Sinn geben soll, der über die Bezeichnung einer wahlwerbenden Gruppe hinausgeht, dann ist unser Ziel: Die *soziale Demokratie*, eine Demokratie also, die sich nicht mit der Gleichheit einer Stimme für jede Frau und für jeden Mann bei Wahlen und Abstimmungen begnügt, sondern die Gleichheit im ökonomischen und sozialen Bereich und damit eine konkrete Demokratie fordert, in Erweiterung der abstrakten, die wir

heute schon haben, die aber nicht verhindert hat, dass die soziale Ungleichheit von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stets zugenommen hat. Der Ruf nach Gerechtigkeit ist so alt, wie die Klassengesellschaft. Schon in der Bibel heisst es: «Aber es ströme wie Wasser das Recht, und die Gerechtigkeit wie ein unversieglicher Bach!»<sup>5</sup> Die Gerechtigkeit der Armen und die Gerechtigkeit der Reichen ist nicht dieselbe. Eher müsste die Gleichheit für uns ein Grundwert sein. Bleibt die Solidarität. Aber auch diese ist für die Ausbeuter nicht dieselbe wie für die Ausgebeuteten! Der Verf. bemerkt zu Recht, dass Solidarität kein eigentlicher Grundwert sei, sondern eine Forderung Grundwerte zu verwirklichen. Aber diese Forderung ist tausendmal wichtiger als Grundwerte «jenseits von Links und Rechts». Unser Grundwert, wenn wir denn eines solchen bedürfen, ist der vom Verf. zitierte Satz von Marx, «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.» Damit sagen wir uns ebenso los von allen Halbheiten, die solche Zustände verewigen, wie auch von der gefährlichen «Moral des Zwecks, der die Mittel heiligt», wenn die Mittel in der Erniedrigung, der Knechtung usw. des Gegners bestehen sollten. Moral ist für uns Moral des Kampfes, in der die Solidarität an erster Stelle steht, in Gemeinschaft mit der Hingabe für das Wohl der Genossen, mit der Aufopferungsfähigkeit, mit der Zuverlässigkeit, mit der Wahrhaftigkeit und vor allem mit dem Mut. (Punkt 4, 5)

Ich weiss nicht, ob der zentrale Grundwert aller Politik in der Menschenwürde besteht. Die Menschenwürde ist überall und zu allen historischen Zeiten mit Füssen getreten worden. Sie ist ein schwer zu definierender Begriff. Menschenwürde beginnt dort, wo sie verletzt wird. Dort, wo Menschen sich bewusst werden, dass sie unmenschlich behandelt werden, und wo sie

dagegen revoltieren. *Der Akt der Revolte ist der Ursprung der Würde des Menschen.*<sup>6</sup> Nicht ethische Überlegungen, sondern die Tat liegt der Menschenwürde zu Grunde. Die Ethik mag als Reflexion folgen. Wenn der Verf. sagt: «Die Achtung vor der Menschenwürde verträgt sich vor allem nicht mit einem *Neoliberalismus*, der Markt und Profit in den Mittelpunkt stellt und der daher auch aus einer wertkonservativen Optik als Materialismus, ja als «Götzendienst» verurteilt wird»<sup>7</sup>, so ist das wohl gesprochen, obgleich es der Kritiker mit dem Materialismus hält, freilich mit dem historischen. Doch wie verhält sich dieser Satz zu dem anderen «*Die Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit* wären in sozialistischer Perspektive allerdings nicht aufzuheben, sondern zu verallgemeinern, damit sie den Charakter von Privilegien verlieren und wirklich zu Menschenrechten werden.»<sup>8</sup> Man muss sich fragen, ob der geschätzte Verfasser schon etwas von der Akkumulation des Kapitals gehört hat? Die Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit ist ein liberales Postulat und kein sozialistisches! Die Orientierung der Wirtschaft an völliger staatlicher Zentralisation hat die Produktivität der Arbeit wesentlich beeinträchtigt, hat der Korruption Tür und Tor geöffnet und der Sowjetunion das Grab geschaufelt. Soll jetzt umgekehrt die Wirtschaft auf das Niveau des Kapitalismus des beginnenden 19. Jahrhunderts in der Schweiz zurückgeschraubt werden? Man lese *Martin Salander* von Gottfried Keller und man wird erfahren, dass unsere «neo»liberalistischen Verhältnisse eben dort ihren Ursprung haben. Es hat auch keinen Sinn nach der Art der Grünen den «Grosstechnologien» in Bausch und Bogen alle Schuld an der Zerstörung der Natur zuzuschreiben. Eines der allerältesten Verfahren, die Brandrodung, tut noch heute

6 Vgl. Albert Camus. *Der Mensch in der Revolte*. Hamburg 1953. S. 18 ff. S. 20: «Das Bewußtsein taucht empor mit der Revolte.»

7 Willy Spieler in dieser RR. Seite 4

8 Ebd 5

5 Zürcher Bibel. Zürich 1955. Amos 5. 24.

**Die Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit ist ein liberales Postulat und kein sozialistisches!**

das Ihrige. Hinter dieser «ethischen Begründung» des Sozialismus lauert der Wunsch, dass eine sozialistische Gesellschaft an schattenloses Abbild der gegenwärtigen sein soll, dass eine gleichmässige Verteilung des Eigentums ein Idyll garantieren würde. Aber das ist eine schlechte Utopie. Bis wir die Bedürfnisse aller, die heute auf der Welt in Not und Elend leben, decken können, bedarf es erst recht einer gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte, und es wird ein Hauptproblem sein, die Initiative der Individuen und Genossenschaften mit den Notwendigkeiten des Ganzen sinnvoll zu verbinden, ein Problem, welches wir nicht dem Markt frei überlassen können, wollen wir nicht die heutigen Zustände immer wieder reproduzieren. Soweit wir einen Markt brauchen, um die Bedürfnisse und Präferenzen der Bevölkerung genau kennen zu lernen, so muss er der Forderung nach dem allgemeinen Wohl unterworfen bleiben, welches der demokratische – nicht diktatorische – Staat kontrollieren und durchsetzen muss. Dieses allgemeine Wohl muss sich nach den Interessen der arbeitenden Bevölkerung richten.

*Das Ziel muss die Arbeiterselbstverwaltung sein, organisiert von den im Betrieb Beschäftigten, den Arbeitern und Arbeiterinnen, den Technikern und Technikerinnen, den Ingenieuren und -innen usw., der Weg dazu die Teilhabe der Vertreter der Produzierenden in den leitenden Gremien der Privatgesellschaften, den Direktionen und Verwaltungsräten, Vertreter, die als Arbeiterräte frei gewählt werden, und welchen auch die Kontrolle über die Buchhaltung, den Geldfluss, Einkauf, Verkauf, Lagerhaltung, Anlagepolitik und Forschung und Entwicklung zusteht. Dort, wo sich Fragen der Kompetenz ergeben sollten, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeiterräte der einzelnen Betriebe zu beraten, bzw. die Räte aus den Betrieben zu Industrieräten zusammenzufassen, ohne auf das Geschrei wegen der Betriebsgeheimnisse Rücksicht zu nehmen. In dieser Übergangsphase von kapitalistischer zu sozialistischer Wirtschaft ist es die Aufgabe des Staates, die höheren Interessen der Gesamtheit gegenüber den Interessen der einzelnen als Produktivgenossenschaften organisierten Betriebe zu vertreten. (Punkt 6 und 7)*

**Julius Britannicus (1918)**

